

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Benno Zierer

Abg. Florian von Brunn

Abg. Christoph Skutella

Abg. Markus Plenk

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Patrick Friedl

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Rosi Steinberger

Abg. Dr. Martin Huber

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN**

**"Klimafolgen vor der Haustür - Bayern schützen und der Klimakrise konsequent
entgegentreten"**

Sie kennen das Prozedere: grundsätzlich 5 Minuten bzw. 10 Minuten, wenn jemand verzichtet.

Ich erteile als erstem Redner dem Geburtstagskind Ludwig Hartmann das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bilder, die uns in den vergangenen Tagen aus NRW, Rheinland-Pfalz und dem Berchtesgadener Land erreicht haben, sind erschreckend und verstörend. Unsere Gedanken sind bei den betroffenen Menschen, die in den vergangenen Tagen Wetterextreme erlebt haben, die wir uns so kaum vorstellen konnten.

Unsere Gedanken sind ganz besonders bei den Menschen, die in den letzten Tagen bei den Hochwasserkatastrophen in Deutschland Familienangehörige und Freunde verloren haben.

Unser Dank gilt den vielen helfenden und rettenden Händen, die bis zur eigenen Erschöpfung daran gearbeitet haben, das Schlimmste zu verhindern. Wir dürfen in diesem Zusammenhang nie vergessen: Es sind meistens die Ehrenamtlichen, die sich im wahrsten Sinne des Wortes gegen diese Fluten stellen. Ich möchte ihnen ganz herzlich für ihren Einsatz danken.

(Beifall)

Unser Dank gilt auch allen, die jetzt helfen und anpacken, die Trost spenden und versuchen, das Unerträgliche irgendwie erträglich zu machen. Allen Betroffenen und vor

allen den Helfenden wünschen wir viel Kraft für die kommenden Wochen und Monate.

– Danke für Ihre Arbeit! Danke für Ihren Mut! Danke für Ihre Ausdauer!

(Beifall)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, was es jetzt braucht, ist ein Dreiklang aus folgenden Maßnahmen:

Erstens braucht es schnelle, unbürokratische Hilfe, damit den Menschen, denen Hab und Gut im wahrsten Sinne des Wortes davongeschwommen ist, geholfen wird.

Zweitens müssen wir den Schutz und die Vorsorge dringend verbessern. Natürlich heißt das: natürlicher und technischer Hochwasserschutz; diesen möchten wir voranbringen.

Drittens. Endlich ernst machen mit dem Einsatz für mehr Klimaschutz, um solche Wetterextreme einzudämmen! Es ist unstrittig, dass in den letzten Jahren die Anzahl der Extreme zugenommen hat.

Was dazugehört: Wir müssen an einer echten Klimapolitik arbeiten, damit die Folgen für uns, unsere Kinder und Enkelkinder weiterhin handhabbar bleiben, das heißt, damit man sie in den Griff bekommt. Der Ministerpräsident, der heute leider nicht an der Debatte teilnimmt, hat von einem "Weckruf der Natur" gesprochen. Damit liegt er nicht falsch. Die Frage ist aber: Was folgt für ihn daraus? Ist es ein kurzes Aufgeweckt-Sein mit ein paar Hoppla-hopp-Maßnahmen, oder ändert sich endlich grundlegend die Politik für mehr Klimaschutz und für mehr Klimaanpassung in diesem Land?

Es heißt für uns GRÜNE ganz deutlich, wir brauchen jetzt wirklich Konsens in diesem Haus, dass das Thema "Klimaanpassung und Klimaschutz" eine Generationenaufgabe ist, eine Aufgabe, der man sich annehmen muss, unabhängig davon, ob das Thema gerade in den Schlagzeilen ist oder nicht, unabhängig davon, ob unsere Umfragewerte bei den GRÜNEN gerade oben oder etwas weiter unten sind. Dieses

Thema muss dauerhaft angegangen werden, und daran fehlt es in diesem Land leider immer noch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin gespannt, was morgen präsentiert wird. Entscheidend wird auch sein, den Mut aufzubringen, konkrete Maßnahmen, die Veränderungen in unserem Leben abverlangen, wirklich aufs Gleis zu setzen und wirklich guten Klimaschutz in Bayern voranzubringen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, für echte Klimaanpassungsstrategien müssen wir endlich zu einer Politik kommen, die die Natur als unseren Partner und Verbündeten begreift, zu einer Politik, die Naturschutz nicht als notwendiges Übel begreift, sondern als Pflichtaufgabe sieht. Lassen Sie mich an drei Beispielen deutlich machen, was ich meine:

Wichtig ist, dass wir zuerst mal akzeptieren müssen, es wird nicht die eine Maßnahme geben, die uns vor diesen Katastrophen schützen wird. Es wird ein Bündel von Maßnahmen sein, das wir angehen müssen, um diese Starkwetterereignisse besser handhaben zu können. Darauf wird es ankommen; denn wenn wir jetzt nicht entscheidend handeln, werden diese Katastrophen in Zukunft vielleicht häufiger und nicht seltener werden. Das hat mit der zunehmenden Erdüberhitzung zu tun. Das ist auch im größten Teil dieses demokratischen Hauses Gott sei Dank heutzutage unstrittig. Entscheidend ist: Was sind die Folgerungen daraus?

Was Klimaanpassung angeht, ist es oft eine Kleinigkeit. Es ist aber verdammt wichtig, auch dafür zu sorgen, dass Neubaugebiete nicht mehr in Überschwemmungsgebieten entstehen. Wir haben immer wieder Fälle, in denen dort Ausnahmen gemacht werden. Das ist falsch, das muss sich ändern. Wir tun doch auch den Menschen keinen Gefallen, die dort Baurecht bekommen. Das muss sich grundlegend ändern. Es muss zur Selbstverständlichkeit werden, dass in Überschwemmungsgebieten kein Baurecht gewährt wird.

Ein weiterer Bereich, der auch angegangen werden muss, ist natürlich die Landwirtschaft. Auch die müssen wir an die Extremwetterereignisse anpassen. Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass Ackerbau an Hanglagen, zum Beispiel mit Mais, bei Starkwetterereignissen nicht gerade förderlich ist, sondern negativ. Da muss sich etwas ändern.

Es ist doch unstrittig: Wenn es regnet, dann fließt das Wasser ungebremst in die nächsten Bäche und in die Flüsse. Die Pegel steigen blitzartig, und es kommt zu Erosionen auf den Ackerflächen. Das ist unstrittig. Was heißt das im Ergebnis? – Dass die Flüsse und Bäche beim Starkwetterereignis weniger Wasser aufnehmen können, weil sie immer weiter zugeschwemmt sind. Da müssen wir etwas ändern. Es ist machbar, es gibt andere Methoden, wie wir dort Landwirtschaft betreiben können.

Lassen Sie mich aber noch ein wichtiges Thema ansprechen. Das ist der Flächenverbrauch in Bayern. Es ist doch unstrittig: Je mehr Fläche versiegelt ist, desto schneller steigen die Pegel, weil das Wasser schnell abfließen muss und nicht mehr versickern kann.

Beim Flächenfraß haben Sie leider immer noch, trotz gegenteiliger Ankündigungen, eine tiefrote Bilanz hier in Bayern. Noch mehr Straßen, noch mehr Gewerbegebiete – das ist Ihre Politik.

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen: Schauen Sie sich doch mal in Ihren Regionen um, denken Sie mal an Ihre Kindheit und Jugend zurück, blättern Sie mal in Ihrem Familienalbum! Dann werden Sie schnell feststellen, dass dort, wo sich früher ein Bach durch die Wiese geschlängelt hat, heute wahrscheinlich ein Baumarkt steht. Wo Sie früher mit Ihren Kumpels auf dem Rasen gekickt haben, steht heute wahrscheinlich der Textildiscounter KiK, und wo Sie früher mit Ihren Eltern den Sonntagsspaziergang am Ortsrand gemacht haben, ist heute wahrscheinlich die Umgehungsstraße mit neuem Gewerbegebiet.

(Zuruf)

Das ist das Bild, das wir gerade in Bayern haben. Uns geht es darum, den Flächenfraß deutlich einzudämmen, weil es unstrittig ist: Je mehr Wiesen und Felder wir unter Beton und Asphalt verschwinden lassen, desto schneller steigt das Wasser bei Extremwetterereignissen. Die versiegelte Fläche muss deutlich reduziert werden, und das ist auch möglich. Es gibt ja auch hier Alternativen: endlich die Ortskerne stärken, Bäche renaturieren, keine ebenerdigen, großen betonierten Parkplätze mehr, und vielleicht einfach mal nachdenken, bevor der Bagger kommt. Das würde uns schon weiterhelfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ob die Hitzewelle in Kanada vor einigen Wochen, die Dürren in den Jahren 2018 bis 2020 in Nordbayern oder die aktuellen lokalen Starkwetterereignisse der letzten Tage, eines wird so deutlich wie noch nie: Wir sind die erste Generation, die die Folgen der Erdüberhitzung wirklich zu spüren bekommt, und wir sind zugleich die letzte, die noch entscheidend etwas dagegen tun kann. Daraus erwächst doch die Verantwortung, endlich auch in Bayern konsequenten Klimaschutz zu betreiben. Die Bilanz beim Thema Klimaschutz, auch die Bilanz beim Thema Klimaanpassung – –

(Zuruf)

– Es geht doch gar nicht darum, ob jemand daran verdient. Es geht doch darum, dass wir Starkwetterereignisse haben, unter denen Menschen in unserem Land massiv leiden mussten, und es geht doch darum, die Weichen so zu stellen, dass diese Folgen in Zukunft besser handhabbar werden. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bilanz der Regierung Söder beim Klimaschutz kann man leider – so muss man es sagen – eigentlich so zusammenfassen: Ankündigungen jagen die nächsten Ankündigungen, immer getreu dem Motto: Hauptsache, Klimaschutz steht in der Überschrift. –

Mehr ist da nicht drin. Das reicht nicht mehr, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen. Die Menschen in Bayern erwarten zu Recht mehr Klimaschutz. Ob Soforthilfen, Klimaanpassung oder Klimaschutz, es gilt bei allen drei Bereichen das Gleiche, nämlich im Hier und Jetzt zu handeln, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Klimaschutz – der Wirtschaftsminister ist ja anwesend – gehört natürlich auch die Energiewende; denn sauberer Strom wird der entscheidende Energieträger der Zukunft sein. Das heißt auch, in Bayern endlich Wind- und Sonnenenergie voranzubringen. Markus Söder spricht oft von der Zauberwaffe Wasserstoff. Auch sauberen grünen Wasserstoff wird es nur geben, wenn es ausreichend sauberen Strom geben wird. Das gehört zusammen. Das heißt auch, in Bayern endlich Wind- und Sonnenenergie massiv auszubauen, um sauberen Strom zu haben. Was erlebten wir stattdessen in der letzten Woche? – Ein Ministerpräsident und sein Vizeministerpräsident streiten sich darüber. Der eine ist gegen Windkraft, der andere ist gegen Solaranlagen auf Neubauten. So funktionieren Energiewende und Klimaschutz nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Solarpflicht für Neubauten ist das Gebot der Stunde. Andere Bundesländer machen es uns doch längst vor.

(Zuruf: Wo?)

– Baden-Württemberg hat es gerade in einen Gesetzestext aufgenommen, der genau übermorgen bereits im Landtag in die Erste Lesung geht. Hamburg ist mit dabei.

Ein weiterer Bereich, den wir dringend brauchen, ist, 2 % der Landesfläche als Vorranggebiet für Windkraft auszuweisen, damit die Windkraft auch in Bayern ihre Heimat findet.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Ich fordere Sie von den Regierungsfractionen auf, endlich eine Politik in Bayern zu betreiben, die Klimaanpassung und Klimaschutz endlich konkret umsetzt. Stoppen wir endlich die Politik, die auf die Unterwerfung der Natur durch den Menschen setzt! Geben wir der Natur ihren Raum zurück, und schützen wir unsere Lebensgrundlagen in unserem eigenen Interesse!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion der Kollege Eric Beißwenger. Er spricht auch zehn Minuten.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Natur kennt keine Katastrophen. Katastrophen kennt allein der Mensch. Das, was wir gerade erleben, sind Katastrophen historischen Ausmaßes für uns. Unsere Gedanken sind hier nicht nur bei den vielen Opfern, Vermissten und Verletzten, sondern natürlich auch bei den Familien und Freunden. Das ist schon ein heftiger Schlag, abgesehen von all den Existenzen, die vernichtet wurden, von den Häusern, die zerstört wurden.

Gleichzeitig, meine ich, müssen wir danken, und zwar all den Rettungskräften und Helfern, ob hauptamtlich oder ehrenamtlich, ob Bundeswehr, THW, weiteren Hilfsorganisationen oder den viel gescholtenen Landwirten, die einfach ohne Aufforderung mit ihren Maschinen angefahren kamen und geholfen haben. Es stimmt mich hoffnungsfroh zu sehen, wie wildfremde Menschen kommen und einfach helfen, ob mit medizinischem Material, mit Nahrungsmitteln, mit Körperkraft, wie auch immer. Hoffnung macht auch, dass der Wiederaufbau bereits am Tag danach begonnen hat. Hierfür müssen wir ein herzliches Vergelts Gott sagen.

(Beifall)

Natürlich ist jetzt auch die Zeit zu handeln. Die Folgen der aktuellen Wetterextreme dürfen auf keinen Fall zur neuen Normalität werden. Der Hochwasserschutz und der Schutz vor Sturzfluten gehören zu den elementaren Aufgaben des Staates und zur Sicherung der menschlichen Daseinsvorsorge.

"Klimafolgen vor der Haustür – Bayern schützen und der Klimakrise konsequent entgegenzutreten" lautet der Titel dieser Aktuellen Stunde. Experten prognostizieren, dass infolge des Klimawandels extreme Hochwasser- und Starkregenereignisse künftig sogar noch häufiger auftreten werden. Der nachhaltige Schutz vor diesen Gefahren wird damit zu einem immer bedeutenderen Standortfaktor in Bayern. Der Umgang mit den Gefahren und Risiken von Hochwasser und Sturzfluten ist dabei eine Daueraufgabe, die nicht in kürzester Zeit zu erledigen ist.

Der Freistaat unterstützt zum Beispiel die für den Hochwasserschutz an kleinen Gewässern – sogenannte Gewässer dritter Ordnung – zuständigen Kommunen mit jährlich über 13 Millionen Euro. Die Fördersatzte bei Vorhaben zur Verbesserung des natürlichen Rückhalts sowie zur naturnahen Entwicklung von Gewässern dritter Ordnung wurden erst letztes Jahr von 75 % auf 90 % angehoben. Das ist für mich ein ganz wichtiger Faktor. Wenn Starkregen zunimmt und gleichzeitig die Aufnahmefähigkeit des Bodens begrenzt ist, sind solche Faktoren sehr wichtig. Dezentrale Rückhaltmaßnahmen leisten dabei einen ganz wichtigen Beitrag zum nachhaltigen Schutz vor Hochwasser und Sturzfluten. So hat die Verbesserung des Rückhalts in den Gewässern, Auen, Kleinrückhalten und auch Geländemulden eine ganz stark dämpfende Wirkung auf die Abflusswelle.

Bayern setzt mit seinem Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020plus auf natürlichen Hochwasserrückhalt und auch auf technischen Hochwasserschutz. Dabei haben gesteuerte Flutpolder an der Donau eine besondere Bedeutung. Die Vorschläge für ein umfassendes Flutpolderprogramm an der Donau liegen aktuell vor. Dort soll eine Kette von neuen Poldern realisiert werden. Sie wirken und sind im Katastrophenfall notwendig. Auch wenn in den aktuellen Fällen Polder natürlich nicht das Mittel der

Wahl sind, will ich dennoch darauf hinweisen, dass es, wie schon all die Jahre, auch normale Hochwasser gibt; auch dafür braucht man sie. Die Menschen vor allem auch in Niederbayern brauchen Klarheit und Schutz. Hier geht es um die Sicherheit von 120.000 Personen entlang der Donau.

Hochwasser und Sturzfluten nach Starkregenereignissen müssen sehr ernst genommen werden. Die Vorsorge beginnt direkt vor Ort. Die aktuellen Ereignisse zeigen, dass es jede Kommune treffen kann. Deshalb rufen wir alle Kommunen auf, sich mit dem Thema Starkregen intensiv auseinanderzusetzen. Wir brauchen vor Ort die bestmögliche Vorsorge und unterstützen die Kommunen dabei nach Kräften. Wir bitten, die Unterstützung auch anzunehmen und die Mittel, die zur Verfügung stehen, in Anspruch zu nehmen.

Wir appellieren gleichzeitig intensiv an Privatpersonen und Unternehmen, sich umfassend gegen Schäden aus Naturgefahren abzusichern. Das Ziel muss sein, möglichst viele Menschen für eine individuelle Vorsorge zu gewinnen; denn es geht im wahrsten Sinne des Wortes um die Existenz.

Gegen Naturkatastrophen gibt es natürlich keine hundertprozentige Sicherheit. Im Gegenteil: Gerade Extremwetterlagen und Starkregenereignisse können überall auftreten. Sie werden aufgrund des Klimawandels an Häufigkeit und Intensität leider sogar noch zunehmen.

Drei Punkte sind wichtig, nämlich jetzt sofort die Hilfe, das heißt auf gut Deutsch: Geld. Wir müssen uns weiterhin über Katastrophenschutzmaßnahmen Gedanken machen. Ich kann etwas Positives berichten: Im Berchtesgadener Land hat es so ausgesehen, als ob der Einsatz der Hilfskräfte gut funktioniert hat. Sie haben Hand in Hand gearbeitet und geholfen. Genau das ist keine Selbstverständlichkeit. Ich glaube, auch aus dem Pfingsthochwasser 1999 haben wir viel gelernt.

Wir müssen uns aber auch Gedanken darüber machen, ob in unserer digitalen Zeit nicht auch ein analoger Schutz notwendig ist. Ich meine die Sirenen. Man redet immer

wieder von Handys und Sonstigem wie Radio und Fernsehen. Aber es gibt auch Momente, in denen man diese Dinge nicht eingeschaltet hat. Insofern ist für mich auch eine Sirene wichtig. Wir müssen über Katastrophenschutzmaßnahmen nachdenken, weil nicht jeder in jedem Fall in einem solchen Medium präsent ist.

Auch die Klimamaßnahmen müssen wir weiter ausbauen. Ich habe ein paar genannt. Meine Kollegen, die nach mir sprechen, werden noch weitere nennen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Allerdings kann ich meinem Vorredner, der davon gesprochen hat, keine weiteren Straßen zu bauen usw., nur entgegnen: Straßen und Brücken sind elementar wichtig. Das sieht man jetzt in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, wo sie auf einmal fehlen. Man muss jetzt schauen, wie man in die betroffenen Orte kommt.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Herr Hartmann, hören Sie zu! Das schadet nicht. Ich möchte auf einen Bericht in der "Mittelbayerischen Zeitung" vom 12. Juli hinweisen, in dem Sie der Staatsregierung vorwerfen, nicht genug Ansiedlungspolitik im ländlichen Raum zu betreiben, sondern viel zu viel Wert auf München zu legen. Es ist schon ein Paradoxon – man könnte schon fast sagen: Doppelzüngigkeit –, so etwas heute hier zu sagen. Ich frage mich, ob Sie den Menschen wirklich helfen oder vielleicht nur politisch Honig daraus saugen wollen. Das würde ich für verwerflich erachten.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner spricht für die AfD-Fraktion: Herr Prof. Dr. Ingo Hahn.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Werte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Grüne, wieder einmal haben Sie es sich nicht nehmen lassen, die Not

und das Leid Tausender Menschen zum Anlass zu nehmen, um sich politisch zu profilieren. Denn in dem Titel Ihrer Aktuellen Stunde haben Sie nicht mit einer einzigen Silbe Bezug auf die derzeitige katastrophale Lebenslage der Menschen genommen, sondern wieder einmal nur auf Ihre eigene politische Agenda.

(Zurufe)

Titel für eine Aktuelle Stunde mit Anstand wären etwa gewesen: "Flutopfern unter die Arme greifen", "Soforthilfe zügig in die Wege leiten" oder "Rettungsketten verbessern". Es hätte unzählige angemessene Themen gegeben, die auch den Menschen gegenüber Mitgefühl gezeigt hätten.

(Beifall bei der AfD)

Aber nein, nicht mit den GRÜNEN. Ich kann Ihnen auch sagen, warum nicht: Bei den GRÜNEN steht nicht der Mensch im Zentrum; bei den GRÜNEN steht der Klimawandel im Zentrum. Dabei erhalten Sie munter Unterstützung von Union und SPD, die einerseits einen Wahlkampfbonus wittern und andererseits für einen Sündenbock dankbar sind. Im Endeffekt waren es doch die Regierungen, wenn wir ehrlich sind, die die Warnungen nicht hörten und somit auch die Hauptschuld tragen.

Nicht einmal der Deutsche Wetterdienst, meine Damen und Herren, kann einen direkten Zusammenhang mit dem sogenannten Klimawandel erkennen. So ließ ein Wetterexperte des DWD, Herr Friedrich, verlautbaren: "Ein solches regionales Unwetter ist ein Einzelereignis, das ist Wetter."

(Beifall bei der AfD)

Er sagte weiter: "Die Behauptung, der Klimawandel ist schuld, ist so nicht haltbar." Das ist ein Zitat.

Es gab schon Flutkatastrophen, bevor es Ihren menschengemachten Klimawandel gab. Es wird auch in Zukunft immer wieder Naturkatastrophen geben, selbst wenn

Deutschland in seinem Weltrettungswahn irgendwann 100 Millionen Windräder gebaut hat.

Was die betroffenen Menschen im Moment brauchen, meine Damen und Herren, sind keine abstrakten Diskussionen, sondern Hilfen, und an denen mangelt es ganz offensichtlich. Ein besonders bitteres Signal ist das Knausern an Mitteln, was wir jetzt erleben, und zwar für diejenigen, die neben ihrem Hab und Gut einen Angehörigen verloren und jetzt nicht einmal die Mittel für ein Begräbnis haben.

Darüber hinaus hätten all diese Opfer vermieden werden können, denn praktisch alle Wetterdienste haben bereits Tage vorher vor extremem Hochwasser gewarnt. Dennoch wurden die Menschen nicht informiert, und die Behörden handelten einfach nicht rechtzeitig.

Was macht der acht Milliarden Euro schwere öffentliche Rundfunk? – Er spielt im Radio die Pop-Nacht, anstatt die Menschen zu warnen. Nicht einmal im Nachgang findet sich bei den Öffentlich-Rechtlichen eine Spur von Reue. Stattdessen haben ARD und ZDF sofort versucht, die Mitschuld von sich zu weisen und den Klimawandel als Sündenbock zu platzieren – genau wie die Bundesregierung.

Der Klimawandel dient heutzutage eben als Pauschalausrede für alles: für Migration, für Artensterben und jetzt auch für Hochwasseropfer. Als es noch keinen menschengemachten Klimawandel gab, musste der Zorn der Götter für Naturkatastrophen erhalten. Abbitten, Opfergaben und Spenden hatten Hochkonjunktur in der Hoffnung, die Götter besänftigen zu können.

Mit Ihren zum Himmel ragenden Windrädern, liebe GRÜNE, verhält es sich nicht anders. Dem Klima helfen Sie mit Ihrer okkulten Deindustrialisierung aber nicht: Genau so wenig wie Götter von Opfergaben beeinflusst werden, wird das globale Klima von Ihrer Agenda beeinflusst, nämlich gar nicht. Damit erreichen Sie nur, dass Sie unser Land ruinieren, und zwar ökologisch und ökonomisch.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

So war es aber schon immer: Die Bevölkerung blutet aus, während einige wenige reich und mächtig werden. Damals wurden die Menschen vom Klerus geschröpft, und heutzutage werden sie von den Klimapropheten geschröpft; das ist sozusagen das Gleiche in Grün. Ich hoffe inständig, dass die Leute in diesem Land Ihren Wahn noch rechtzeitig erkennen und wir wieder zur Normalität zurückkehren werden, und zwar in allen Gesellschaftsbereichen. Die Menschen haben es verdient.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Hahn. – Damit darf ich Herrn Kollegen Benno Zierer von den FREIEN WÄHLERN als nächsten Redner aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, um zuallererst den Menschen zu danken, die den Opfern der jüngsten Naturkatastrophen in Bayern und in Westdeutschland zu Hilfe gekommen sind. Unsere Anerkennung gilt den Kräften von Feuerwehr, dem Roten Kreuz, dem THW und allen anderen Hilfsorganisationen, deren Einsatz es zu verdanken war, dass nicht noch mehr Menschen Opfer der Fluten geworden sind.

(Beifall)

Mein Dank gilt aber auch den Menschen, die Kleidung und Decken gespendet und für diejenigen gesammelt haben, deren ganzes Hab und Gut weggespült wurde, um ihnen zu helfen. Es sind in den vergangenen Tagen viele privat organisierte Hilfstransporte aus Bayern nach Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen aufgebrochen. Auch dieser spontane Einsatz verdient allergrößten Respekt. Vielen Dank dafür!

(Beifall)

Wir wissen, dass wir durch Naturkatastrophen wie Hochwasser, Sturzfluten oder Muren verwundbar sind; die Bilder von der Ahr, aus Wuppertal oder aus dem Berchtesgadener Land haben uns das wieder ganz drastisch vor Augen geführt. Einen hundertprozentigen Schutz wird es nie geben. Darum müssen wir in Bayern auch weiterhin große Anstrengungen unternehmen, um das Land gegen die Folgen des Klimawandels zu wappnen, die bereits jetzt unausweichlich sind.

Dass wir die Erderwärmung nicht mehr aufhalten können, ist Fakt, aber wir könnten das Schlimmste noch verhindern; das ist die globale Mammutaufgabe. Bayern stellt sich seiner Verantwortung mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket, das das Herzstück der bayerischen Klimapolitik ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein paar Punkte daraus sind Aufforstung, Aufwertung der Moorflächen, Schutz von Auwäldern, mehr Ökolandbau, Wasserstoffoffensive, Förderung von öffentlichem Verkehr und Radverkehr, Hochwasserschutz, Forschung zur Klimafolgenanpassung usw. Das alles steckt jetzt schon im Paket der Klimaschutzoffensive. Es wird ein Klimapaket II mit zusätzlichen Maßnahmen geben. Wir bekommen noch mehr Hausaufgaben für die kommenden Jahre und Jahrzehnte. Wir müssen uns in Bayern noch ambitioniertere Ziele stecken, wenn wir im Gleichschritt mit dem Bund oder der EU marschieren oder sogar einen Schritt voraus sein wollen.

Apropos Hausaufgaben: Umweltminister Thorsten Glauber und sein Haus haben bei der Vorbereitung des neuen Klimaschutzgesetzes ihre Hausaufgaben längst gemacht. Wenn andere Ressorts und die Staatskanzlei länger brauchen, müssen wir das zur Kenntnis nehmen und können uns unseren Teil denken.

(Zurufe)

Das ist eben Wahlkampf, bei dem jeder die große Bühne für sich will. Sei's drum, wenn am Ende etwas Vernünftiges herauskommt, denn das ist wichtig; morgen wissen

wir mehr. Ich wünsche mir, dass im ergänzenden Klimapaket Erleichterungen für die Windkraft stecken und eine Solarpflicht für Dächer. In Bayern können wir schon lange sagen: Wir können Wasserkraft. Wir können Biomasse. – Wir müssen aber genauso sagen können: Wir können noch mehr Solarenergie, und wir können vor allem auch Windkraft. Wir werden auch Klimaschutz und Energiewende können müssen, wenn wir nicht vorher in der Bürokratie absaufen; auch hier besteht großer Handlungsbedarf. Einig sind wir uns, dass wir die Bürger bei der Energiewende stärker ins Boot holen müssen. Warum sollen Bürger nicht den Ausbau erneuerbarer Energien unterstützen und damit Geld verdienen?

Ein Vorschlag aus dem Umweltministerium für Klimaanleihen, zum Beispiel für den Bau von Photovoltaikanlagen auf Dächern von staatlichen Gebäuden, liegt vor. Warum soll das nicht auch für Windanlagen gelten? Ich hoffe, dass dieser Ansatz weiterverfolgt wird. Auf in die Zukunft!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Kollege Zierer. – Als Nächsten darf ich den Vorsitzenden der SPD-Fraktion Herrn von Brunn aufrufen.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Was in den letzten Tagen in Deutschland und Bayern passiert ist – das Hochwasser, die Sturzfluten und ihre furchtbaren Folgen –, lässt einen sprachlos zurück: So viel Zerstörung, so viel menschliches Leid. Auch wenn wir schon oft über die Folgen der Klimaerhitzung diskutiert haben, wird einem die ganze Dramatik solcher Ereignisse besonders schmerzhaft bewusst, wenn so etwas derart nahe und für viele vor der eigenen Haustür passiert.

(Zuruf)

Aus ernststen Warnungen ist bittere Realität geworden. Wir alle sind hautnah mit der Tatsache konfrontiert, dass solche Katastrophen jeden von uns jederzeit treffen kön-

nen, in Zukunft aber vor allem unsere Kinder und ihre Kinder. Unser Mitgefühl gilt den Opfern, ihren Angehörigen, ihren Freundinnen und Freunden. Unser großer Dank gilt den Rettungskräften und den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern, die Unglaubliches leisten. Das ist gelebte Solidarität.

(Beifall)

Jetzt brauchen die Betroffenen Unterstützung von uns allen und schnelle Hilfe von der Politik. Was sie nicht brauchen, sind Wahlkampf und parteipolitischer Streit. Trotzdem müssen wir jetzt analysieren, was passiert ist, daraus die richtigen Schlussfolgerungen ziehen und dann vor allem handeln. Die Ereignisse sind Mahnung und Weckruf dafür, wie dringlich entschlossener Klimaschutz ist. Wer jetzt noch beim Klimaschutz bremst, handelt unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in Deutschland und in Bayern die Ressourcen, die finanziellen Möglichkeiten, die qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die kreativen Handwerkerinnen und Handwerker sowie die innovativen Unternehmen, um beim Klimaschutz ein Vorbild zu sein. Wir waren das auch schon einmal in Deutschland, nämlich als wir mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz zu Anfang der 2000er-Jahre gezeigt haben, dass der Ausstieg aus der Atomkraft und die Energiewende möglich sind.

Jetzt geht es darum, Wirtschaft und Gesellschaft sozial und ökologisch zu modernisieren und nachhaltig zu machen, und zwar so schnell wie irgend möglich. Die SPD-Landtagsfraktion hat als bisher einzige Fraktion im Bayerischen Landtag, am 1. Juli dazu einen umfassenden Plan für die Mission "Bayern sozial und klimaneutral bis spätestens 2040" vorgelegt. Wir haben beim DIW, einem der renommiertesten Forschungsinstitute Deutschlands, einen Masterplan für die sozial-ökologische Wende in Auftrag gegeben und ihn hier in Bayern vorgestellt.

Wir haben das aus gutem Grund getan; denn es gibt viel zu tun. Die Energiewende stockt vor allem aufgrund der falschen und klimafeindlichen 10-H-Regelung. Die Treibhausgasemissionen im Verkehr steigen, statt zu sinken. Auch bei der Wärmewende und der Dekarbonisierung der Industrie kommt der Freistaat nur im Schneckentempo voran.

Wir brauchen neben der Energiewende dringend eine klimafreundliche Mobilitätswende. Wir müssen unsere Wärme klimaneutral erzeugen und auch die Industrie klimafreundlich umgestalten. Wir müssen auch darauf achten, dass Klimaschutz sozial gerecht ist.

(Beifall bei der SPD)

Kurz, wir müssen jetzt die sozial-ökologische Wende einleiten. Relevant für erfolgreichen Klimaschutz sind Taten, aber nicht Worte und Ankündigungen. Das gilt überall. In Bayern, in Baden-Württemberg, aber auch in anderen Bundesländern stockt die Energiewende. Die Klimagesetze sind hier wie dort verfassungswidrig. Wir sollten das für Bayern so schnell wie möglich korrigieren. Ich bin sehr gespannt, was uns der Ministerpräsident morgen dazu sagen wird. Noch wichtiger ist aber, was dann tatsächlich passiert. Das wird für uns der Maßstab sein.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Klimaschutz ist die eine notwendige Seite; die andere ist die Klimaanpassung. Wir müssen nach den schlimmen Ereignissen in Bayern, im Berchtesgadener Land, im Landkreis Hof und in Unter- und Mittelfranken, unsere Vorsorgemaßnahmen überprüfen. Es geht um die Warnung der Bevölkerung, um technischen Schutz vor Hochwasser und Sturzfluten, aber auch um mehr natürlichen Rückhalt. Sehr wichtig ist aus meiner Sicht, dass die bayerischen Sturzflutgefahrenkarten möglichst bald veröffentlicht werden. Die Daten dafür liegen dem Bayerischen Landesamt für Umwelt seit März vor. Wichtig ist aber auch, dass die Flutpolder an der Donau jetzt möglichst schnell kommen. An die Gegner und Kritiker gewandt sage ich:

Bitte überprüfen Sie Ihre Meinung, nachdem Sie die Bilder der vergangenen Tage aus Passau gesehen haben!

Wir brauchen Flutpolder als Notbremse und Airbag bei Extremhochwasser, allerdings auch den natürlichen Rückhalt in der Fläche. Wir müssen vorankommen und den exzessiven Flächenverbrauch und die Bodenversiegelung in Bayern stoppen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen die Moorrenaturierung vorantreiben und die Landwirtschaft dabei unterstützen, dass die Abschwemmung von Boden verhindert wird. Lassen Sie uns das jetzt gemeinsam sachlich und lösungsorientiert angehen und vor allem nach dem Wahltag nicht wieder auf die lange Bank schieben! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter von Brunn. – Ich darf als nächsten Redner den Abgeordneten Christoph Skutella für die FDP-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die dramatischen Bilder aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, aber auch aus Bayern haben uns natürlich alle schockiert. Die Wucht, mit der die Natur vor allem in Nordrhein-Westfalen zugeschlagen hat, kannten wir seit geraumer Zeit nicht mehr. Leider müssen wir uns aber darauf einstellen, dass wir zukünftig häufiger solche Natur- und Wetterextreme erleben müssen. Schuld daran ist unter anderem der Klimawandel, den wir – jetzt muss ich einigen im Raum die Illusion nehmen – nicht mehr mit der Abschaffung der 10-H-Regel oder mit einer bayerischen Solarpflicht werden eindämmen können.

Es wird immer deutlicher, dass wir internationale Lösungen finden müssen, um den globalen Klimawandel zu bekämpfen. Während wir uns auf die Schulter klopfen, dass

wir aus der Kohle aussteigen, bauen aktuell allein fünf asiatische Länder rund 600 Kohlekraftwerke mit einer Leistung von 300 Gigawatt. Die Solarpflicht auf Bayerns Dächern kann hier leider nicht mithalten.

Bevor wieder gesagt wird, dass die FDP keinen Klimaschutz möchte, füge ich hinzu: Der wissenschaftliche Beirat des Bundesfinanzministeriums hat im Jahr 2010 ein Gutachten veröffentlicht, welches die Notwendigkeit der Klimaanpassung in den Vordergrund rücken wollte. Die Reaktionen damals waren: Das sei ein Beitrag gegen Emissionsvermeidung.

Wir wollen in der aktuellen Situation aber vor allem auf eine vernünftige Klimaanpassung hinweisen. Wir müssen uns klarwerden, dass sich nicht alle Hochwasser in Zukunft vermeiden lassen werden. Besonders ins Auge fällt – das ist das Dramatische – die hohe Zahl der Opfer in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Der Deutsche Wetterdienst hat über Tage hinweg Meldungen über extreme Wetterereignisse herausgegeben und warnte vor über 200 Litern Niederschlag pro Quadratmeter. Über mehrere Kanäle gab es Warnungen. Die Frage ist aber: Warum wurde das von den örtlichen Behörden, aber auch von den Rundfunkanstalten nicht ausreichend wahrgenommen und kommuniziert?

Anders stellt sich die Situation, Gott sei Dank, in Bayern dar. Hier handelte es sich um Starkregenereignisse, bei denen die Vorwarnzeit stets recht kurz ist. Warnungen vor solchen Ereignissen sind meist nur ein, zwei oder maximal neun Stunden im Voraus möglich. Trotzdem ist es unnötig, dass es immer wieder zu solchen Katastrophen kommt. Es bedarf mehr Hochwasserprävention vor allem bei den Zubringerflüssen der Donau in der Fläche; denn es waren ja nicht Donau und Rhein, die in den letzten Tagen in großem Maße über die Ufer getreten sind, sondern kleine Nebenflüsse, Bäche und Rinnsale.

Zum einen müssen unsere Städte für die kommenden Herausforderungen umgebaut werden, zum Beispiel durch das noch umzusetzende Schwammstadt-Konzept oder

Retentionsflächen zum Auffangen von Starkregenfällen. Zum anderen benötigen vor allem die Nebenflüsse der Donau und der natürliche Hochwasserschutz mehr Raum, um für das nächste Extremwetterereignis gewappnet zu sein.

Neben der Prävention brauchen wir vor allem auch mit Blick auf Nordrhein-Westfalen einen Mix der Vorwarnsysteme. Die Warnungen der Behörden müssen in Zukunft besser und vor allem schneller an die Bevölkerung weitergegeben werden. Zum einen braucht es ein größeres Bewusstsein in der Bevölkerung für die Warn-Apps und die digitalen Meldungen des Deutschen Wetterdienstes. Wir fordern auch die Zustellung von Warnungen per SMS an jeden Bürger und jede Bürgerin.

Zum anderen muss das Sirensystem, welches zum Ende des Kalten Krieges abgebaut wurde, wieder neu aufgebaut und regelmäßig auf seine Tüchtigkeit hin überprüft werden. Am Warntag des letzten Jahres blieben viele Sirenen stumm. Auch viele amtliche Warn-Apps blieben stumm. Dies darf im Fall eines Extremwetterereignisses nicht wieder geschehen.

(Beifall bei der FDP)

Unser Dank gilt natürlich allen Helferinnen und Helfern von Feuerwehren, THW, Polizei und Bundeswehr, aber auch allen Freiwilligen. Dieser Zusammenhalt zeichnet unsere Gesellschaft aus. Ihnen gilt unser herzlicher Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Skutella. – Ich rufe den fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk auf. Bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger! Die Betroffenen mussten durch die Hochwasserkatastrophe in den vergangenen Tagen eine unfassbare menschliche Tragödie erleben, vor allem deshalb, weil wir zum x-ten Mal in der Ära Merkel ein regierungspolitisches Totalversagen erleben, an dem auch die CSU einen maßgeblichen Anteil hat.

Bereits vier Tage vor diesem Desaster war klar, dass auf bestimmte Regionen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine Extremwetterlage zusteuert, die zu Starkregen und in der Folge zu Hochwasser führen wird. Dass die Menschen in den betroffenen Gebieten nicht rechtzeitig gewarnt und evakuiert wurden, ist ein unfassbarer Skandal, für den vor allem Politiker aus den Unionsparteien die Verantwortung tragen. Aber wie immer, statt sich ihr Versagen einzugestehen, versuchen die Regierenden und in diesem Fall auch die GRÜNEN, die Verantwortung für diese Katastrophe von sich zu weisen und sie auf den mangelnden Klimaschutz zu schieben. Das ist ein sehr durchsichtiges Manöver, das in Wahlkampfzeiten zwar nicht überrascht, aber dennoch angesichts der Schäden und des verursachten menschlichen Leids erschüttert.

Der Deutsche Wetterdienst hatte seinen Job gemacht; entsprechende Warnungen wurden rechtzeitig kommuniziert. Hören Sie also auf damit, die Menschen für dumm zu verkaufen! Diese Katastrophe hat vor allem damit zu tun, dass man in der abgehobenen Kaste der Berufspolitiker keinen gesunden Menschenverstand mehr vorfindet, der für pragmatische Lösungen sorgt. Mit PR-Shows in Gummistiefeln und mit FFP2-Maske wird auch künftig niemand Hochwasser verhindern, auch ein Herr Söder nicht.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Plenk. – Dann darf ich die nächste Rednerin aufrufen: Frau Tanja Schorer-Dremel von der CSU-Fraktion. Frau Abgeordnete Schorer-Dremel, Sie haben das Wort.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der letzten Aktuellen Stunde stand ich hier an diesem Rednerpult und habe mich bei all den ehrenamtlichen Rettungskräften und Rettungsorganisationen bedankt. Ich möchte das jetzt wiederholen. Der Katastrophenschutz in Bayern hat funktioniert, angefangen von der Bereitschaftspolizei in Eichstätt über das THW und viele andere bis hin zur Freiwilligen Feuerwehr in Bischofswiesen. Das ist für Bayern ein ganz wichtiger Faktor gewesen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die verheerenden Sturzfluten der vergangenen Tage mahnen dazu, das Thema "Hochwasser und Sturzfluten" sehr ernst zu nehmen. Der kleinste Bach kann zum reißenden Fluss werden, die unscheinbare Senke zum endlosen See. Für kleine Gemeinden können Hochwasser und Sturzfluten eine existenzielle Bedrohung sein. Das zeigen die aktuellen Ereignisse. Daher muss die Vorsorge direkt vor Ort beginnen. Die aktuellen Ereignisse zeigen, dass es jede Kommune treffen kann. Lokale Katastrophenlagen können auch an Orten entstehen, wo es nicht einmal ein Gewässer gibt.

Wir wollen daher mit noch mehr Dynamik bei der Vorsorge erreichen, dass Kommunen bei Extremwetterereignissen bestmöglich vorbereitet und geschützt werden. Wir wollen dies mit einer Beratungsoffensive gegen Hochwasser und Sturzfluten für Kommunen tun, die ausgebaut werden. Den Kommunen kommt beim Sturzflut-Risikomanagement und bei wild abfließendem Wasser nämlich eine zentrale Rolle zu. Integrale Konzepte zum Risikomanagement sollen den Kommunen Möglichkeiten zur Vermeidung, Vorsorge und Nachsorge aufzeigen. Deswegen wollen wir das Sturzflut-Risikomanagement weiterführen und an den Orten, wo es noch nicht vorhanden ist, initiieren. Denn hierbei werden Gefahren und Risiken ermittelt, lokale Schutzziele definiert und örtlich spezifische Schutzmaßnahmen aufgezeigt. Absehbare ortsplanerische Entwicklungen und die Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie sind dabei zu berücksichtigen.

Ziel dieses Risikomanagements und der staatlichen Beratung ist es, die Hochwassergefahr nicht nur von kleinen Gewässern, sondern auch von sogenanntem wild abfließendem Wasser in einer Kommune zu erkennen. Darauf aufbauend können wir dann individuelle Handlungsmöglichkeiten und Schutzmaßnahmen für die Kommunen aufzeigen. Das können zum Beispiel mehr Messstellen für Pegel bei Gewässern dritter Ordnung sein, bei Durchflüssen und Kanälen. Aber nicht nur der technische Hochwasserschutz, sondern auch Elemente wie die Hochwasservorsorge bei der Flächennutzung oder Bauleitplanung werden dabei beleuchtet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Starkregenereignisse verursachen in Bayern Jahr für Jahr hohe Sachschäden. Wir wollen die Menschen in Bayern besser vor diesen auftretenden Wetterphänomenen schützen und dafür bayernweite digitale Starkregengefahrenkarten nach dem Vorbild von Passau oder Herrieden einführen und vernetzen. Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr von Brunn, reden Sie mal mit Ihrem Kollegen Alfons Brandl aus unserer Fraktion. Er hat das als Bürgermeister bereits vor Jahren durchgeführt. Wenn Sie ein gutes Beispiel sehen möchten, was Bayern ermöglicht und wie Bayern seine Bürger schützt, dann gehen Sie mal nach Herrieden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es braucht aber auch die Fortführung bzw. den Ausbau der bestehenden staatlichen Förderung für Sturzflut-Risikomanagement. Werter Kollege Zierer, es war sehr schön, zu erkennen, dass das von Ulrike Scharf und Marcel Huber im Umweltministerium erfolgreich eingeführte Programm, das eigentlich Ende letzten Jahres abgelaufen ist, gestern Mittag vom Umweltminister wieder gestartet worden ist. Wir haben den Kommunen Mittel für Schutzkonzepte in Höhe von zwölf Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Es steht weiterhin ausreichend Geld zur Verfügung. Unser Appell geht an die Kommunen, von diesen Fördermöglichkeiten auch Gebrauch zu machen.

Es braucht aber auch die Einführung eines Förderprogrammes für flächendeckende intelligente Starkregen-Frühalarmsysteme. Das können Sirenen sein. Aber, werte Kolleginnen und Kollegen: Wer von Ihnen hat denn die Warn-App des Umweltministeriums auf dem Handy?

(Zuruf)

Wer hat NINA? Wer hat die Warn-Apps? Ich weiß, wo alle meine Lieben wohnen und welche Warnmöglichkeiten es gibt. Deswegen müssen wir uns in Bayern auf weitere Möglichkeiten einstellen, aber auch unsere Bürgerinnen und Bürger schützen. Deswegen gibt es eine Gefahrenkarte für Hochwasser für über 8.000 km Flüsse und Bäche

in Bayern. Wir werden auch hier weiterhin Partner der Kommunen sein, damit sie ihr individuelles Hochwasserrisiko erkennen und dagegen vorgehen können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schorer-Dremel. – Der nächste Redner kommt von der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es ist Herr Patrick Friedl. Herr Abgeordneter Friedl, bitte schön.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir betrauern gemeinsam die Opfer, und wir trauern mit den Angehörigen. Wir sind dankbar für die große Solidarität, die die Menschen untereinander aufbringen, indem sie sich gegenseitig helfen und sich unterstützen. Das ist eine herausragende und wichtige Zeit, in der wir sehen, wie wir zusammenhelfen und zusammenhalten. Wir sind dankbar für den herausragenden Einsatz aller Rettungskräfte und für die schnelle und entschlossene Hilfe. Das Geschehene ist schrecklich. Viele haben es hier schon angesprochen: Ja, wir werden mit Naturgewalten immer leben müssen, ihnen immer ausgeliefert sein und können Wetterextreme und darauf folgende Naturkatastrophen nie ganz verhindern. Wir können sie nur abmildern.

Doch wir müssen auch eingestehen: Wir haben gemeinsam die dramatische Klimaerwärmung mitverursacht. Wir haben einen Auslöser gesetzt für wachsende Wetterextreme und sind damit für die sich verschärfenden Katastrophen mitverantwortlich. Der von uns Menschen verursachte Klimawandel ist da. Wir sind mitten in der Klimakrise. Starkregen und Hitze, Sturzfluten und Dürre, Hochwasser und Trockenheit sind unsere stetigen Begleiter*innen geworden. Sie suchen uns immer häufiger heim in dem Maße, wie sich die globale Durchschnittstemperatur immer weiter erhöht. Es ist jetzt an der Zeit, Klimaanpassungen und Klimaschutz endlich ernst zu nehmen und ihnen oberste Priorität zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist an der Zeit, auf die vielen Stimmen aus Wissenschaft und Forschung zu hören. Es gibt immer noch welche, die sagen: Die Richtung stimmt doch. – Aber hier liegt der Fehler. Nein, die Richtung stimmt absolut nicht mehr. Wenn uns nicht egal ist – und es kann uns nicht egal sein –, wie unsere Kinder und Enkel*innen auf dieser Welt noch ein gutes Leben führen können, dann müssen wir umkehren und die dramatische Ausbeutung unserer Erde beenden. Nachhaltiges Leben, klimaneutral, in stabilen Ökosystemen – das muss unser gemeinsames Ziel werden. Wir können über die Wege diskutieren, meinetwegen auch streiten. Aber im Ziel brauchen wir endlich weitgehend Einigkeit. Wir brauchen keinen Klima-Ruck, um durchgerüttelt zu werden. Wir brauchen endlich wirksame Klima-Taten. Wir müssen unseren Beitrag leisten zur Reduktion der Klimagase in der Atmosphäre, und wir müssen uns an das immer wärmere Klima anpassen. Das hat uns zuletzt auch das Bundesverfassungsgericht eindrücklich gesagt und ins Stammbuch geschrieben.

Priorität bei der Klimaanpassung müssen die Katastrophenvorsorge und der Bevölkerungsschutz haben. Herr Skutella hat es im Detail ausgeführt: Wir müssen sichere Kommunikationswege und bessere Frühwarnsysteme haben. Diese müssen natürlich funktionieren, greifen und alle Menschen rechtzeitig erreichen. Auch ist es vordringlich, unsere Böden zu schützen. Wer unsere Lebensgrundlagen bewahren und uns vor gefährlichem Hochwasser schützen will, muss dafür sorgen, dass wir unsere Lebensweise verändern. Wir müssen unsere verbauten Flächen dort, wo es möglich ist, wieder entsiegeln. Nur 10 % der Auen sind deutschlandweit in einem naturnahen Zustand. Seit Jahrzehnten fordern wir die Renaturierung der Auen, damit sie ihre Funktion als natürliche Überschwemmungsgebiete zurückerhalten. Stattdessen wurden sie vielerorts weiter verbaut.

Besonders erfolgreich ist Klimaanpassung dann, wenn sie mehrere positive Effekte hervorbringt: eine Bach- und Flussrenaturierung, die auch vor Hochwasser schützt, eine Moorrenaturierung, die auch Klimagase speichert. Bauen wir unsere Orte zu Schwammstädten um! Die graue Infrastruktur muss, wo möglich, der blauen und grü-

nen Infrastruktur weichen. Halten wir das Regenwasser zurück, und begrünen wir alle Ortsteile. So mildern wir Hochwasserspitzen ab und sorgen für verträgliches Klima in unseren Kommunen.

(Zuruf)

Überhaupt muss die Wasseraufnahme und Wasserrückhaltefähigkeit unserer Böden oberste Priorität erhalten, innerorts wie auch bei Land- und Forstwirtschaft. Zudem gilt es, dies alles auskömmlich zu finanzieren. Wir werden in trockenen Jahren jeden Tropfen brauchen. In den feuchten Jahren hilft jeder Tropfen, der nicht abfließt, dabei, das Hochwasser abzumildern. Verlegen wir, wo es geht, Deiche zurück und schaffen so zusätzlichen Retentionsraum. Machen wir uns endlich gemeinsam mit wirksamen gesetzlichen Instrumenten an erfolgreiche Klima-Taten!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Friedl. – Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Gabi Schmidt von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Frau Schmidt.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Natürlich sind meine Gedanken – genauso wie die Ihren – bei den Menschen in Rheinland-Pfalz, in Nordrhein-Westfalen, in Belgien und in den Niederlanden sowie vor allem in unseren bayerischen Regionen. Als jemand, der in einem traditionellen Hochwassergebiet wohnt, kann ich Ihnen allen eines sagen: Es gibt nichts Grauenhafteres und Ekelhafteres, als gegen solche Wassermassen zu kämpfen. Es reißt einen weg, es nimmt einem die Kraft und es lässt einen bloß noch frieren und erschauern. Deshalb weiß ich, welchen Kampf die Menschen geführt haben. Für uns ist einfach unbeschreiblich, wie dieses Land und die Nachbarländer an diesem Wochenende gekämpft haben. Vielen Dank dafür allen Helfern!

(Beifall)

Ich kann die Helfer gar nicht aufzählen, aber ich möchte, damit ich niemanden vergesse, stellvertretend Max Tischner danken, der bis zum Schluss geholfen hat und anschließend Vater geworden ist. Er ist wirklich erst auf den letzten Drücker weg. Vielen Dank, stellvertretend für alle!

Meine Damen und Herren, vor allem werte Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Sie wollten darüber sprechen, was dieses Starkregenereignis ausgelöst hat. Das ist sicherlich der Klimawandel – auch wenn Herr Hahn behauptet, die Erde sei eine Scheibe, aber das ist eine andere Ansicht. Wir alle wissen, dass Hochwasser und Starkregenereignisse einen großen Unterschied machen. Sie wollten darüber reden, wie wir hier in Zukunft entgegenwirken können. Was habe ich gehört? – Was andere falsch machen, nicht was Sie und wir alle auch in den Ballungsräumen verbessern können. Es kamen wieder die Bauern dran, Herr Kollege Hartmann, die Mais am Hang anbauen. Wenn Ihr Hof aus Hanggrundstücken besteht, wie es in vielen Teilen Bayerns der Fall ist, müssen Sie dort zu Ihrem Broterwerb etwas anbauen. Die Bauern, die Landwirte waren es, die für die 13 Millionen, die für den Hochwasserschutz verbaut worden sind, ihre Grundstücke zur Verfügung gestellt haben. In der Stadt München kann niemand etwas abgeben.

Es macht sehr wohl etwas aus, wenn man mit solch einfachen Floskeln ankommt, Herr Kollege Hartmann. Wo früher eine Wiese war, ist jetzt ein KiK. Wo früher eine Wiese war, wohnen bei uns teilweise GRÜNE. Sie sind auch dabei. So geht das doch nicht!

(Zuruf: Bravo! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie spalten die Gesellschaft! Der Flugapfel Ihrer Kollegin Sengl aus Chile, der Bioapfel, schwimmt auch nicht klimaneutral herbei. Das Olivenöl, das Ihre Klientel dreimal im Jahr persönlich mit dem SUV beim Bauern in der Toskana abholt, kommt ebenfalls nicht klimaneutral an, auch wenn man den Bauern kennt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin nicht bereit zu akzeptieren, dass Sie nur die Menschen auf dem Land dafür verantwortlich machen. Wer ist denn abgesoffen? – Sagen wir es ganz ehrlich: Das sind die Oma, die jahrelang in einem denkmalgeschützten Haus wohnt, und deren Mutter. Die fliegen nicht zum Eisessen nach Kalifornien und waren noch nie im Urlaub!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe hier auch noch Abgeordnete gesehen – ich nenne jetzt explizit keine Namen –, die im April Biospargel aus Kreta essen müssen. Jeder Einzelne schraubt am Klimawandel mit! Jeder Einzelne. Darüber müssen wir reden. Auch bringt es nichts, wenn man sagt – hier war die SPD auch dabei –, wir müssen weniger Flächen versiegeln. Das ist eine tolle Methode, wenn die Münchener in Hallbergmoos oder noch weiter draußen wohnen müssen, weil sich München als einzige Großstadt in Europa dazu entschieden hat, Wohngebäude nicht höher als fünf Stockwerke zu bauen. Darüber müssen Sie sprechen! Andernorts stehen Hochhäuser, und da die Menschen irgendwo wohnen müssen, tun sie es auf dem Land. Diese Verschiebe-Mentalität, um die Menschen zu spalten! Hier ging es um Mithilfe. Ich danke jedem, der mitgeholfen hat. Wenn wir aber daran arbeiten, arbeiten wir alle daran und betreiben nicht diesen Ablasshandel auf solch billige Art.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schmidt. – Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Rosi Steinberger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Steinberger, bitte schön.

(Unruhe)

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Gabi Schmidt, Ihre Ausführungen haben uns hier leider überhaupt nicht weitergeholfen. Sie haben

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

den Finger auf die anderen gerichtet. Wir sind heute hier zusammengekommen, um an Lösungen zu arbeiten. Dafür sind wir da und Sie nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was in den letzten Wochen in Deutschland passiert ist, macht uns alle fassungslos. Wir fühlen mit den Betroffenen und den Angehörigen. Auch in der Region Landshut, aus der ich komme, hatten wir im Juni vier Starkregenereignisse in Folge. Mit den Ereignissen in NRW und in Rheinland-Pfalz lässt sich das natürlich nicht vergleichen, aber auch hier wurden aus kleinen Bächen reißende Flüsse, und es sind große Schäden entstanden. Trotzdem hatten wir in Landshut noch Glück und sind im Vergleich einigermaßen glimpflich davongekommen.

Ich konnte mir zusammen mit der Feuerwehr die Folgen dieser Sturzflut ansehen. Die Feuerwehr hat hier zusammen mit dem THW großartige Arbeit geleistet. Deshalb bedanke ich mich an dieser Stelle ausdrücklich für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Helfen und Aufräumen ist jetzt das Gebot der Stunde, keine Frage. Dafür müssen Feuerwehr und Katastrophenschutz gut ausgestattet werden. Dass hier noch Luft nach oben ist, hat mir die Feuerwehr wieder bestätigt. Wir müssen uns hier jedoch fragen: Was muss getan werden, damit es gar nicht zu einem solch katastrophalen Ereignis kommt? – Natürlich können wir die starken Regenfälle nicht verhindern, aber wir können endlich anfangen, wirksamen Klimaschutz zu betreiben. Das hat nun hoffentlich jeder kapiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jedenfalls jeder mit gesundem Menschenverstand. Trotzdem werden uns die Starkregenereignisse öfter heimsuchen, als uns lieb sein wird. Bei meinem Ortstermin in Landshut ist zum Beispiel eines klar geworden: Wir brauchen mehr Prävention.

Am oberen Ende der Straßenschlucht beginnt die offene Landschaft. Dort wird intensive Landwirtschaft betrieben. In einem quasi natürlichen Trichter läuft hier das Wasser von circa 30 Hektar Ackerland zusammen. Bei 60 Litern pro Quadratmeter in einer halben Stunde können Sie sich vorstellen, dass da große Wassermassen zusammenkommen. Aber es ist doch ein Unterschied, ob das Wasser über Grünland oder Wald abfließt oder ob zusätzlich eine Tonne Erdreich mit in den Keller schwimmt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb müssen wir uns die Einzugsgebiete von solch gefährdeten Standorten genauer anschauen. Dass hier Mais und Soja angebaut worden sind – der Boden also noch gar nicht bedeckt war –, hat das Unglück noch verschärft. Die früher häufig vorhandenen Strukturen des Ackerlandes wie Hecken, Feldraine und kleine Gehölze sind größtenteils verschwunden. Das ist nicht nur ein Verlust für die Artenvielfalt, sondern auch ein Faktor, der die Hochwasser- und Sturmflutgefahr weiter verschärft. Das ist Fakt. Ein natürlicher Hochwasserschutz in der Fläche würde hier kurzfristig schon etwas bringen. Wasser muss sich sammeln und ausbreiten können, bevor es zum reißenden Strom wird. Da erwarte ich auch von der Staatsregierung mehr Aktivität.

Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, auch auf diese Herausforderungen zu reagieren, um gefährdete Bereiche besser zu identifizieren. Das ist in der Vergangenheit leider zu wenig passiert. Viele Menschen wissen gar nicht, dass sie im Fall eines Starkregens gefährdet wären. Da brauchen die Kommunen allerdings Unterstützung, und ich weiß nicht, ob die heute angekündigte Beratungsoffensive dafür ausreicht. Der Staat ist hier jedenfalls in der Pflicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, früher hatte man nur Angst vor einem Hochwasser, das aus den Flüssen kam. Das Wasser kam sozusagen von unten und hatte eine längere Vorlaufzeit. Wann der Scheitel Passau erreicht, ist ziemlich genau vorhersagbar, und man kann sich darauf einstellen. In Zukunft kommt das bedrohliche Wasser immer öfter von oben, und die Vorwarnzeit liegt nahezu bei null. Auch daran müssen wir arbeiten. Die Warnungen des Deutschen Wetterdienstes wurden heute schon angespro-

chen. Man kennt sie schon lange. Aber wer zieht daraus Konsequenzen? Wer ordnet eine Evakuierung an? Wer übt mit den Einsatzkräften und der Bevölkerung die Bewältigung der Gefahrenlage? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, da ist noch viel Handlungsbedarf.

Deshalb möchte ich zum Schluss sagen: Lasst uns zusammen Lehren aus diesen katastrophalen Ereignissen ziehen! Lasst uns zusammen einen Katalog der Sofortmaßnahmen aufstellen, und lasst uns endlich beginnen, das Thema Klimaschutz ganz oben auf die Agenda zu setzen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Steinberger. – Das letzte Wort, zumindest auf der Rednerliste für diesen Tagesordnungspunkt, hat Herr Dr. Martin Huber von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Dr. Huber.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Klimawandel ist Realität, und die Ereignisse der jüngsten Tage zeigen uns, dass er sogar traurige Realität ist. Dem hier bereits mehrfach geäußerten Mitgefühl gegenüber allen Opfern schließe auch ich mich an, ebenso dem Dank an alle Einsatz- und Rettungskräfte.

Nicht nur in Landshut, sondern auch bei uns in der Region, in Altötting, gab es vor Kurzem eine Häufung dieser Ereignisse, wenn auch nicht in dem Ausmaß, wie wir es jetzt erleben. Aber die Tatsache, dass innerhalb von vier Wochen dreimal derartige Starkregenereignisse aufgetreten sind, zeigt ganz deutlich, dass das Geschehen eben nicht normal ist und es schon eine Besonderheit in dem Zusammenhang gibt. Eine statistische Besonderheit ist auch nicht von der Hand zu weisen, und sie verpflichtet uns moralisch zum Handeln. Liebe Kollegen von der AfD, das hat nichts mit einem Weltrettungswahn zu tun, sondern damit, dass wir uns moralisch verpflichtet fühlen, die Lebensgrundlagen für die uns nachfolgenden Generationen zu schützen und zu erhalten.

Dass 1 Grad mehr Lufttemperatur 7 % mehr Luftfeuchtigkeit bedeutet und es damit zusammenhängend auch zu mehr Starkregenereignissen kommt, hat die Wissenschaft mehrfach bewiesen. Genau deswegen ist es aber auch so wichtig, dass wir einen Klimaschutz betreiben, der funktioniert und motiviert, keinen Klimaschutz, der einzelne Gruppen an den Pranger stellt, sondern einen Klimaschutz, der alle mitnimmt. Entscheidend ist für uns, dass dieser Klimaschutz funktioniert und motiviert und wir immer das Zieldreieck aus "ökologisch", "sozial bezahlbar" und "wirtschaftlich umsetzbar" im Auge haben.

Ich nehme schon fast ein wenig erfreut zur Kenntnis, dass sich die SPD ihrer ureigenen Wurzeln von früher besinnt und sich wieder als Interessenvertreterin der Arbeitnehmer präsentiert. Ich hatte in den vergangenen Monaten und Jahren nicht immer den Eindruck, dass sich die SPD jener Wurzeln auch bewusst ist. Herausforderungen wie "Carbon Leakage" wurden regelmäßig ausgeblendet.

Bei den GRÜNEN vermisste ich nach wie vor die Ansätze, um die Wirtschaft zu transformieren. Genau das ist doch unsere große Herausforderung, dass wir die Wirtschaft hin zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft transformieren, hin zu einer Wirtschaft, die klimaneutral arbeitet. Wenn hier an dieser Stelle, auch heute wieder, mehrfach betont wird, in Bayern würde nur angekündigt und nichts umgesetzt, dann frage ich mich schon: Lesen Sie keine Zeitung? Hören Sie keine Nachrichten?

Erst vor Kurzem gab es den Spatenstich in Wunsiedel in Oberfranken. Dort stellt Siemens die deutschlandweit größte Wasserstoffherstellungsanlage hin, betrieben mit grünem Strom. Das ist ein konkretes Projekt, ganz im Sinne des Klimaschutzes. Die Beispiele aus meiner Heimatregion im bayerischen Chemiedreieck, dem größten bayerischen Chemiestandort, habe ich hier schon mehrfach erwähnt.

Genau darum geht es doch: Wirtschaft und Gesellschaft mitzunehmen mit einem Klimaschutz, der motiviert und genau dadurch auch funktioniert. Erst dieser Tage kamen ja die Vorschläge der Europäischen Union mit dem "Fit for 55"-Projekt. Deswegen ist

es durchaus sinnvoll, diese Vorschläge noch in das Bayerische Klimaschutzgesetz einfließen zu lassen.

Dann ist hier angesprochen worden, man müsste doch etwas gegen den zunehmenden Flächenverbrauch tun. Unsere bayerische Bauministerin Kerstin Schreyer ist da bereits sehr aktiv. Mit ihren Initiativen "Innen statt Außen" oder dem erst jüngst aufgelegten Sonderfonds zur Innenstadtbelebung setzt sie die Akzente. Erst vor zwei Wochen wurden für viele Kommunen über 300 Millionen Euro Förderungen ausgesprochen, um eben gerade auch die Räumlichkeiten im Ortsinneren besser zu nutzen.

Sie haben die Landwirtschaft angesprochen und die Frage, wie man den Boden besser schützt. Unsere Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber hat eine sehr umfassende Initiative gestartet, die sich "boden:ständig" nennt. Diese Initiative hat genau zum Ziel, lebendige Böden zu erhalten und zu einer abflussbremsenden Flurgestaltung beizutragen.

Das sind alles konkrete Dinge, die in Bayern passieren, die Sie aber immer wieder ignorieren. Der Kollege Zierer hat es in seinen eigenen Worten, auf seine eigene Weise noch einmal deutlich gemacht. Ich glaube, er wollte damit vor allem sagen: Klimaschutz in Bayern ist Chefsache – Chefsache in der Staatskanzlei und Chefsache unseres Ministerpräsidenten. Genau deswegen freue ich mich auf morgen, auf die Regierungserklärung, die mit Sicherheit ein wichtiger Meilenstein für mehr Klimaschutz in Bayern ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet, meine sehr verehrten Damen und Herren.